



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	29. Sitzung
Datum	Dienstag, den 19.05.2009
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr
Sitzungsende	21:55 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StvV Volck eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer, insbesondere die Angehörigen der zu Ehrenden, und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit 53 Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab OB Dettl davon Kenntnis, dass er am heutigen Tage, im Beisein von StvV Volck, Bgm. Lattermann, StR Beck und StR Hauptvogel, vom Ministerpräsidenten Roland Koch in Wiesbaden formell die Nachricht erhalten habe, dass die Stadt Wetzlar Ausrichter des Hessentages 2012 werde. Dazu mit beigetragen habe, dass Wetzlar eine gute Infrastruktur vorweisen könne. Dennoch seien zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur noch weitere Maßnahmen, z. B. im Bereich des ÖPNV, erforderlich. Er kündigte die Bildung eines Organisationsteams an.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Verabschiedung einer ehrenamtlichen Stadträtin

TOP 2

Amtseinführung und Verpflichtung einer ehrenamtlichen Stadträtin gemäß § 46 HGO

TOP 3

1283/09

Verleihung Ehrenbezeichnung „Stadtälteste/r“

I/465

TOP 4
Fragestunde

TOP 5
1328/09
Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und
des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland
I/474

TOP 6
1239/09
Straßenbenennung Zufahrtsweg an der L 3451
zwischen den Gemarkungen Steindorf und Albshausen
I/469

TOP 7
1272/09
Erneuerung der Wetzbachbrücke Gänsweide im Stadtteil Nauborn
I/470

TOP 8
1298/09
Maßnahmenplan Sanierung Ruine Kalsmunt
I/466

TOP 9
1302/09
Sicherung von Arbeitsplätzen
Resolution
I/464

TOP 10
1227/09
Umsetzung des Projektes „Stolpersteine
gegen das Vergessen“ in Wetzlar
I/442

TOP 11
1277/09
Erarbeitung eines bereichsbezogenen Entwicklungs-
konzeptes für die Bahnhofstraße
I/458

TOP 12
1278/09
Errichtung eines Kindergartens im Bereich der Spilburg
Prüfungsauftrag
I/459

TOP 13
1300/09
Städtische Angebote in direktem Wettbewerb
zu Angeboten Wetzlarer Sportvereine
Prüfungsauftrag
I/463

TOP 14
1319/09
Durchführung einer Expertenanhörung
zur Zukunft der Stadtwerke
I/467

TOP 15
1323/09
Neubau eines Bürgerhauses im Stadtteil Hermannstein
I/468

TOP 16
Mitteilungsvorlagen

TOP 16.1
1281/09
Ausbau Brückenstraße / Hausertorstraße
Begrünung und Platzgestaltung
I/462

TOP 16.2
1295/09
Beteiligungsbericht 2008 für das Geschäftsjahr 2007
I/471

TOP 16.3
1301/09
Bericht Zinsmanagement 2007 - 2008
I/472

TOP 1
Verabschiedung einer ehrenamtlichen Stadträtin

StvV V o l c k äußerte sich dahingehend, dass die Verabschiedung von StRin Baring für ihn eine außergewöhnliche Situation darstelle, weil der politische Werdegang von StRin Baring in der SPD-Fraktion begonnen habe. Er wünsche alles Gute für die Zukunft.

OB D e t t e erinnerte daran, dass sich StRin Baring erstmals 1972 politisch zur Verfügung gestellt habe und seit 1979 ununterbrochen dem Magistrat angehörte. Er finde die Verabschiedung vor diesem Gremium eine schöne Geste. StRin Baring habe ihre Arbeit immer gerne gemacht und ein „Wir-Gefühl“ im Magistrat gefördert. Ihre Stimme hatte Gewicht. Auch sprach OB D e t t e die ehrenamtlichen Aktivitäten von StRin Baring an, u.

a. im Tierschutzverein. Er bedanke sich, so OB D e t t e, für die fast 30-jährige gemeinsame Wegstrecke.

Es sei eine schöne Zeit gewesen. Auch erinnere sie sich gerne an die Zeit als Stadtverordnete, konstatierte StRin B a r i n g. Des Weiteren merkte sie an, dass ihr zu Beginn ihres Wirkens als Stadtverordnete die Ratschläge erteilt worden seien „Diskutiere nicht alles mit“ und „2 Jahre musst Du ruhig sein“. Daran habe sie sich nicht gehalten. Ferner erinnerte sie daran, dass sie in der Stadt Lahn die einzige Frau in der Fraktion gewesen sei, die längste Sitzung bis 4 Uhr morgens in der Stadthalle Wetzlar gedauert habe und das aufgrund ihres Antrages, worauf sie ein bisschen stolz sei, ein Notarzwagen für Wetzlar durchgesetzt werden konnte. Für den Wechsel in den Magistrat seien berufliche Gründe maßgebend gewesen. Während dieser Zeit habe bei dem ehemaligen Oberbürgermeister Froneberg und dem jetzigen Oberbürgermeister Dette eine gute Atmosphäre geherrscht. Auch informierte sie darüber, dass sie weiterhin ehrenamtlich tätig sein werde. Für die Zukunft wünschte StRin B a r i n g den Anwesenden alles Gute.

TOP 2

Amtseinführung und Verpflichtung einer ehrenamtlichen Stadträtin gemäß § 46 HGO

StvV V o l c k gab davon Kenntnis, dass das Vorschlagsrecht bei der SPD-Fraktion gelegen habe. Diese habe Stve. Claas vorgeschlagen. Ferner wies er auf die erforderlichen Formalien hin.

OB D e t t e äußerte sich dahingehend, er sei erfreut darüber, dass wieder eine Dame die Nachfolge von StRin Baring antreten werde. Ferner zeige er auf, dass Frau Claas über genügend kommunalpolitische Erfahrung verfüge. Nunmehr verlieh OB D e t t e die Ernennungsurkunde an Frau Claas und bemerkte, er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit. Abschließend nahm StvV V o l c k den Amtseid ab.

TOP 3

1283/09

Verleihung Ehrenbezeichnung „Stadtälteste/r“

StvV V o l c k rief zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (53.0.0) folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verleiht:

- **Gudrun Borchers**
Hermannstraße 42, 35576 Wetzlar
- **Carl-Peter Greis**
Naunheim, Waldgirmeser Straße 26, 35584 Wetzlar
- **Bärbel Keiner-Kane**

Drei Stämme 23, 35576 Wetzlar

- **Helmut Lepper**
Naunheim, Am Lotzengraben 24, 35584 Wetzlar
- **Joachim Volk**
Münchholzhausen, Kirchstraße 8, 35581 Wetzlar

die Ehrenbezeichnung „Stadtälteste/r“.

Mit der Verleihung der Bezeichnung „Stadtälteste“ werden Personen geehrt, um ihre Arbeit öffentlich zu würdigen. Laut Satzung erhalten diesen Titel Personen, die mindestens 20 Jahre ihr Mandat oder Amt ausgeübt haben, informierte OB D e t t e.

Bei StRin Borchers, Bündnis 90/Die Grünen, (1989 - 2006 Stadtverordnete, ab 2006 ehrenamtliches Magistratsmitglied) befand OB D e t t e, sie zeichne sich durch große Sachkenntnis und viel Engagement aus.

Herrn Greis, parteilos, (1993 - 2006 ehrenamtliches Magistratsmitglied, ab 2006 Mitglied des Ortsbeirates Naunheim) ansprechend, würdigte OB D e t t e die intensiv eingebrachte Arbeit im Magistrat und erwähnte, dass Herr Greis ein nicht immer bequemer Mitdiskutant gewesen sei.

Für StRin Keiner-Kane, SPD, (1989 – 1993 Stadtverordnete, 1993 - 2006 Stadtverordnete und stellv. Stadtverordnetenvorsteherin, ab 2006 ehrenamtliches Magistratsmitglied) befand OB D e t t e, sie habe großes soziales Engagement gezeigt und dieses Ziel fair und beharrlich verfolgt. Er wünsche weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mit viel kommunalpolitischem Einsatz für Naunheim habe sich Herr Lepper, SPD, (1977 - 1979 Bezirksvertretung Wetzlar, 1979 staatsbeauftragter Stadtverordneter, 1979 - 1986 Stadtverordneter, ab 1989 Mitglied im Ortsbeirat Naunheim) eingebracht, bilanzierte OB D e t t e.

Weil er Münchholzhausen als Schwerpunkt seines kommunalpolitischen Engagements sehe, zeige die große Verbundenheit von Herrn Volk, SPD, (1981 - 1993 Mitglied im Ortsbeirat Münchholzhausen, 1991 - 1993 Stadtverordneter, ab 1993 Ortsvorsteher in Münchholzhausen) mit diesem Stadtteil, hob OB D e t t e hervor.

StvV V o l c k teilte mit, dass Frau Claas auf ihr Mandat als Stadtverordnete verzichtet habe. Als Nachfolger sei von der SPD-Fraktion Herr Hemut Reim benannt worden. StvV V o l c k begrüßte Stv. Reim als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

TOP 4

Fragestunde

Frage Nr.	:	1337/09 - III/97
vom	:	14.05.2009
Fragesteller	:	Stv. Kleber, SPD-Fraktion

Stv. K l e b e r:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach einem Bericht in der Zeitschrift ‚Demokratische Gemeinde‘ beabsichtigen kommunale Stadtwerke, sich in komplexen gesellschaftsrechtlichen Verschachtelungen an der Thüga AG zu beteiligen. Die Thüga wiederum ist auch an unseren Stadtwerken, der enwag, beteiligt. Und ich frage den Magistrat:

Beabsichtigt sich die enwag an der Thüga AG zu beteiligen und wenn ja, wann beabsichtigt der Gesellschafter die nach den Bestimmungen der Hauptsatzung der Stadt Wetzlar erforderliche Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu dieser wichtigen Angelegenheit einzuholen?“

OB D e t t e:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Kleber, ich darf die Anfrage wie folgt beantworten:

Es ist zutreffend, dass zahlreiche kommunal geführte Stadtwerke, z. B. in Hannover, Frankfurt oder Nürnberg, planen, der E.ON AG ein Angebot zur Übernahme von Kapitalanteilen an der Thüga AG zu unterbreiten, nachdem die E.ON angekündigt hat, sich von ihren Kapitalanteilen zu trennen.

In diesem Zusammenhang sind auch die mittleren und kleineren Stadtwerke aufgefordert worden zu prüfen, inwieweit sie sich an einem solchen Bieterverfahren beteiligen wollen. Derzeit beschäftigen sich die Gremien der enwag mit der Frage, ob dies für das Unternehmen vorteilhaft sein könnte.

In der gestrigen Aufsichtsratssitzung ist beschlossen worden, dass vor einer möglichen Beteiligung der enwag am Bieterverfahren die Stadtverordnetenversammlung in die Entscheidung eingebunden werden soll. Demgemäß habe ich den Ältestenrat in der heutigen Sitzung darüber informiert, dass im Zusammenhang mit dem vorgesehenen möglichen Bieterverfahren für die nächste Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage auf den Weg gebracht wird und in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung zu beraten ist.“

Zusatzfrage FrkV M i c h a l e k:

„Herr Dette, ich hatte Sie vorhin im Ältestenrat so verstanden, dass wir uns auch externen Sachverständigen für die Stadtverordneten einkaufen.“

OB D e t t e:

„Ich darf berichten, dass in der Ältestenratssitzung der Wunsch geäußert worden ist, dass im Zusammenhang mit dieser Beratung, der ja durchaus ein komplexeres Thema zugrunde liegt, auch die Möglichkeit gegeben werden soll, dass von externer Seite Sach- und Fachverständigen mit ein-

geführt werden soll. Es ist vereinbart worden, dass dies begleitend zu der angekündigten Vorlage auf den Weg gebracht werden soll.“

Zusatzfrage Stv. Dr. I h m e l s:

„Bei dieser Beratung, geht es da um eine juristische Unterstützung, weil das ja doch ein hochkomplexes juristisches Vertragswerk ist, oder geht es da um eine fachliche Beratung?“

OB D e t t e:

„Ich darf hier aus dem Ältestenrat berichten, dass dort der Wunsch war, ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen, was in der Lage ist, die rechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten und Risiken eines solchen Engagements zu überprüfen, mit eingebunden werden soll.“

TOP 5

1328/09

Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland

Der Magistrat habe nunmehr diese Vorlage verabschiedet, merkte StvV V o l c k an. OB D e t t e führte ergänzend aus, mit dieser Beschlussvorlage sei noch nicht die inhaltliche Ausführung verbunden. Dies bedeute, dass die Einzelveranschlagungen der Maßnahmen im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes 2009 erfolgen werden. Einzelmaßnahmen werden der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

1. Die Durchführung der Maßnahmen der Maßnahmenliste Konjunkturprogramm 2009 des Landes und der Maßnahme der Maßnahmenliste Konjunkturprogramm 2009 des Bundes gemäß Grundsatzbeschluss Stadtverordnetenversammlung vom 21.04.2009 (vgl. Drucksachennummer 1275/09 - I/457) wird beschlossen.
2. Im Rahmen der o.g. Maßnahmen werden den entstehenden über- und außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 114 g HGO und Artikel 3 des Gesetzes zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen bis zur Höchstsumme von 4.882.000 Euro zugestimmt.
3. Die Einzelveranschlagung der Maßnahmen gemäß Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes 2009.
4. Über den Projektverlauf der genannten Maßnahmen wird regelmäßig berichtet.

TOP 6

1239/09

**Straßenbenennung Zufahrtsweg an der L 3451
zwischen den Gemarkungen Steindorf und Albshausen**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (53.1.0) folgenden Beschluss:

Der von der L 3451 abgehende Zufahrtsweg (Gemarkung Steindorf) erhält die
Lagebezeichnung

„An den Schindbirken“.

TOP 7

1272/09

Erneuerung der Wetzbachbrücke Gänsweide im Stadtteil Nauborn

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Dem vorliegenden Entwurf der Objekt- und Tragwerksplanung für die Erneuerung der
Wetzbachbrücke Gänsweide im Stadtteil Nauborn wird zugestimmt.

TOP 8

1298/09

Maßnahmenplan Sanierung Ruine Kalsmunt

StvV V o l c k verwies auf die redaktionelle Änderung in der Begründung, die im Mit-
teilungsblatt (siehe Anlage) ausgewiesen sei.

Stv. A d a m i e t z fand es unter Hinweis auf den Maßnahmenkatalog positiv, dass
etwas getan werde. Er gehe davon aus, dass nähere, konkrete Planungen in den Gremien
besprochen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Dem Maßnahmenplan bzw. der Prioritätensetzung wird zugestimmt.

TOP 9

1302/09

Sicherung von Arbeitsplätzen Resolution

StvV V o l c k machte auf das Mitteilungsblatt aufmerksam. Er wies darauf hin, dass es sich um zwei konkurrierende Anträge handle.

Wetzlar habe Tradition als metallverarbeitender Standort, konstatierte Stv. M. W a g - n e r. Die Firmen Buderus Edelstahl beschäftigen insgesamt 1.500 Personen und seien die größten Gewerbesteuerzahler der Stadt Wetzlar. Nunmehr stelle man fest, dass Zeit- und Leiharbeitsverträge endeten. Auch seien normale Arbeitsplätze, speziell bei der Firma Buderus Edelstahl Schmiedetechnik GmbH, bedroht. Bei dieser Entwicklung sei die Stadt Wetzlar gefordert, die Stimme zu erheben. Mit der Resolution wolle man den Arbeitnehmern den Rücken stärken. Auch hätten Entlassungen negative Auswirkungen auf die Stadt Wetzlar und deren Umland. Bedauerlich sei, dass die Stadtverordnetenversammlung sich nicht früher auf eine solche Resolution habe einigen können. Des Weiteren führte Stv. W a g n e r aus, sei die Stadt auch gefordert, mit den Unternehmensleitungen zu sprechen. Es stünde auch gut an, Vertreter von Buderus Edelstahl, IHK und Gewerkschaft zu einem „runden Tisch“ einzuladen. Ferner stelle er fest, die Opposition habe einen konkurrierenden Hauptantrag eingereicht. Deswegen solle über die Punkte 4 und 5 gesondert abgestimmt werden.

FrkV Dr. B ü g e r beantragte, die Punkte 1 bis 3 zu ändern und über die Punkte 4 und 5 gesondert abzustimmen. Den Punkten 4 und 5 werde nicht zugestimmt. Ferner stelle er klar, dass die Sorge, die Rezession ergreife auch Wetzlar, auch gesehen werde. Offiziell spreche man von einem Minus von 5 - 6 % beim Bruttoinlandsprodukt (BIP). Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sei dies noch nie geschehen. Wenn die Rezession länger andauere, werde sich ein Arbeitsplatzabbau nicht verhindern lassen. Auch seien die Gespräche des Magistrats in dieser Angelegenheit, zu unterstützen. Man wünsche sich einen flexiblen „runden Tisch“, deswegen werde man die Punkte 4 und 5 ablehnen. Aus seiner Sicht, erklärte FrkV Dr. B ü g e r ferner, könnten auch Auffanggesellschaften das Problem nicht lösen. Die Stadt solle gute Rahmenbedingungen für einen späteren Aufschwung schaffen. Er bitte, den Punkten 1 bis 3 zuzustimmen.

Er kritisiere die vorherige Unbeweglichkeit der Koalition, teilte FrkV M i c h a l e k mit. Weiterhin gehe er davon aus, dass niemand Probleme habe, sich zu solidarisieren. Es stünde gut zu Gesicht zu agieren. Bei der Abstimmung werde er gegen die Punkte 4 und 5 stimmen.

FrkV A l t e n h e i m e r erklärte, FrkV Dr. Büger habe den Standpunkt der Koalition vertreten. Aus seiner Sicht gebe es auch keinen Unterschied zwischen Leih- und Zeitarbeitnehmern. Bei der Bildung von staatlichen Auffanggesellschaften sehe er Schwierigkeiten. Auch er wünsche sich einen flexiblen „runden Tisch“.

OB D e t t e bekräftigte, es lohne sich, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Er informierte darüber, dass er schon Gespräche mit den Geschäftsleitungen der Edelstahl-Gesellschaften geführt und für den Erhalt von qualifizierten Arbeitsplätzen geworben habe. Gleichzeitig wies er auf weitere Gespräche mit den Geschäftsleitungen der Gesellschaften hin und hoffe, dort etwas Einfluss in Form von städtischen Rahmenbedingungen nehmen zu können. Vergangene Woche habe er ein Gespräch mit Leica-Microsystems geführt. Dort sei die Lage stabiler. Bei Buderus Edelstahl hoffe er auf ein gemeinsames Einwirken. Er gebe aber zu bedenken, dass die Möglichkeiten der

Kommune beschränkt seien.

Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 des Änderungsantrages der Koalition: 54.0.0

Abstimmung über die Ziffern 4 und 5 des ursprünglichen Antrages: 21.33.0

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar nimmt mit großer Sorge und Betroffenheit zur Kenntnis, dass infolge der Wirtschaftskrise ein Arbeitsplatzabbau, beispielsweise bei Buderus Schmiedetechnik GmbH, droht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat in seinen Bemühungen, im Gespräch mit den Geschäftsleitungen und Betriebsräten der betroffenen Unternehmen darauf hinzuwirken, einen Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen am Standort Wetzlar zu verhindern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die betroffenen Unternehmen auf, die erweiterten arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten, insbesondere die Regelung zur Kurzarbeit und zur Weiterqualifizierung von Beschäftigten wie auch die Bildung von Auffang- und Transfergesellschaften, umfassend im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuschöpfen und zur Beschäftigungssicherung zu nutzen.

TOP 10

1227/09

Umsetzung des Projektes „Stolpersteine gegen das Vergessen“ in Wetzlar

StvV V o l c k wies auf das Mitteilungsblatt hin.

Es handele sich um ein ernsthaftes und sensibles Thema. Im Geiste der Verantwortung begrüße er, dass es in den Beratungen gelungen sei, größtmögliche Übereinstimmung zu erreichen. Nach dem Beschlusstext sollen die Grundstückseigentümer, vor deren Anwesen die Verlegung der „Stolpersteine“ in Betracht komme, in das Vorhaben einbezogen werden, erklärte OB D e t t e.

Stv. M. W a g n e r erinnerte an das lange Verfahren, welches im Herbst 2004 mit einem von ihm eingebrachten Antrag begonnen habe und nach der Mitteilung des Magistrats eine weitere Nachfrage erfolgt sei. Aufgrund der Ausschussergebnisse solle nunmehr ein Anfang gemacht werden. Er wünsche sich ein ideell und finanziell mitgetragenes Bürgerprojekt. Mit den infrage kommenden Grundstückseigentümern solle der Magistrat Gespräche führen.

Sie finde es gut, gab FrkV L e f è v r e zur Kenntnis, dass mit dem geänderten Antrag Einvernehmen herbeigeführt worden sei. Der Magistrat erhalte nunmehr den Auftrag, entsprechende Gespräche zu führen. Aber es gebe auch andere Formen des Gedenkens. Erinnern und Gedenken müsse in den Schulen beginnen.

Es eine uns alle der Grundkonsens des Gedenkens, stellte FrkV Dr. B ü g e r fest. Zu-

sammen mit Stv. Wagner sei er froh, dass es mit diesem Antrag gelungen sei, die richtigen Eckpunkte zu setzen. Weiterhin gebe es unterschiedliche Auffassungen, welche Art des Gedenkens die würdigste sei. Er bitte um breite Zustimmung.

Die CDU werde dem gefundenen Kompromiss zustimmen, erklärte FrkV Altenheimer. Fakt sei, dass in Wetzlar ein individuelles Gedenken angedacht sei. Des Weiteren sei Fakt, dass der Magistrat nach Angehörigen gesucht habe. Unabdingbar für die CDU sei jedoch die Zustimmung der infrage kommenden Hauseigentümer. Eine Verlegung der Steine nach dem „Gießkannenprinzip“ sei für Wetzlar kein tragbares Konzept.

Was an diesen Steinen so erschreckend sein solle, fragte sich Stve. Zeiser und informierte darüber, dass in ihrer Fraktion unterschiedlich abgestimmt werde. Bezüglich der Äußerung, bei dieser Form des Erinnerns werde das Andenken „mit Füßen getreten“, weise sie auf den „Walk of fame“ hin. Sie freue sich, dass die Stadt Wetzlar in diese wertschätzende Erinnerung einsteige.

Stv. Wolf merkte an, seine Mutter habe ihm von der Verschleppung von zwei Klassenkameradinnen berichtet. Es schade nicht, ab und zu an das Unrecht zu denken.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (51.0.3) folgenden geänderten Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar

- spricht sich dafür aus, das Projekt „Stolpersteine gegen das Vergessen“ in Wetzlar beginnend mit der Verlegung von Gedenksteinen für die Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsregimes durchzuführen, deren Nachfahren und Verwandte ihre Zustimmung zur Verlegung der Stolpersteine erteilt haben.
- beauftragt den Magistrat,
 - die Hauseigentümer/innen, vor deren Anwesen die Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Raum in Betracht kommt, in geeigneter Form in das Vorhaben einzubeziehen,
 - mit dem Bildhauer Gunter Demnig zwecks Vorbereitung und Umsetzung der Aktion in Kontakt zu treten und die notwendigen Genehmigungen zur Verlegung der Steine zu erteilen,
 - zeitnah und in geeigneter Form über diese Aktion zu informieren, damit sich die Verlegung der Stolpersteine auch in Wetzlar zu einem Projekt entwickeln kann, das von den Einwohnerinnen und Einwohnern sowohl ideell als auch finanziell getragen wird,
 - im Zusammenhang mit der Verlegung von Stolpersteinen begleitende Informationen, u. a. über das Historische Archiv, anzubieten, um den historischen Kontext dieser Aktion zu verdeutlichen.

Erarbeitung eines bereichsbezogenen Entwicklungskonzeptes für die Bahnhofstraße

Der Antrag korrespondiere mit dem Haushaltsantrag, der darauf ziele, die für das Jahr 2009 vorgesehene Summe von 30 T € sowie die VE in Höhe von 1,7 Mio. € zunächst mit einem Sperrvermerk, aufzuheben von der Stadtverordnetenversammlung, zu versehen, erläuterte Stv. M. W a g n e r. Das Projekt sei für Wetzlar von strategischer Bedeutung.

StR B e c k äußerte sich dahingehend, die Verwaltung sehe die Gesamtinnenstadtentwicklung vor. Die 30 T € werden nicht angefasst, bevor eine Richtung vorliege.

Die Vorlage blieb im Geschäftsgang.

TOP 12

1278/09

Errichtung eines Kindergartens im Bereich der Spilburg Prüfungsauftrag

Stv. M e i ß n e r berichtete, der Antrag sei gestellt worden, um zukünftig der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren gerecht zu werden. Auch im Hinblick auf die Entwicklung „Spilburg“ biete sich der Standort an. Aufgrund der Mitteilung des Magistrats werde der Antrag zurückgezogen.

Stv. B o r c h e r s wertete den Antrag als „Schaufensterantrag“, weil der Magistrat im Vorfeld schon tätig gewesen sei und hielt dem Antragsteller ein Verhalten vor, welches er anderen vorgeworfen habe.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 13

1300/09

Städtische Angebote in direktem Wettbewerb zu Angeboten Wetzlarer Sportvereine Prüfungsauftrag

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Stv. P o h l fest, § 25 HGO - Widerstreit der Interessen - wegen Befangenheit finde keine Anwendung. Das Verhalten von Bgm. Lattermann in der Sitzung des Sozialausschusses finde er nicht gerechtfertigt. Des Weiteren erklärte Stv. P o h l, er fordere mehr Förderung für die Jugendarbeit mit qualifizierten Übungsleitern. Herr Irmer vertrete die gleiche Auffassung. Er sage auch, in Sachen Sportförderung habe Stv. Breidsprecher gute Arbeit geleistet. Ferner, so Stv. P o h l, müssen die Vereine für gute Jugendarbeit entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung haben und deshalb Einnahmequellen erschließen. Auch weise er nochmals darauf hin, dass Vereinsangebote ohne Vereinsmitgliedschaften genutzt werden können. Wegen der von der enwag und der Vhs angebotenen konkurrierenden Kurse vertrete er die Auffassung, dass die enwag nicht einen mit der Vhs vergleichbaren Auftrag habe. Er unterstelle der enwag hier Eigenmächtigkeit und erinnere an die Aussage von OB Dette

im Finanz- und Wirtschaftsausschuss. In der Vergangenheit sei es fairer zugegangen, weil die Kurse der enwag nie im direkten Wettbewerb mit denen der Vereine standen. Mit der Nutzungsordnung des Magistrates sei dies nicht der Fall. Ein Vergleich der Kosten pro Kursteilnehmer zeige dies auf (60,- € enwag, bis 112,- € Vereine). Es gebe zu denken, wenn Stv. Adamietz erklärt habe, dass sie im Wettbewerb keine Konkurrenz sehe. Sein Antrag solle Impulse auslösen, deshalb bitte er um Zustimmung.

FrkV L e f è v r e stellte folgenden Initiativantrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit das Angebot städtischer Einrichtungen (z. B. Vhs, enwag) in direktem Wettbewerb zu den Angeboten der Wetzlarer Vereine steht.

Hierzu wird der Magistrat aufgefordert, bis zum 31.12.2009 zu berichten.“

Stv. B r e i d s p r e c h e r dankte Stv. Pohl für das Lob, welches sich aber wegen der „enwag-Brille“ wieder relativiert habe. Für ihn stehe fest, dass es mit Bgm. Lattermann keinen Bruch in der Sportförderung geben werde. Bgm. Lattermann stehe auch dafür, dass Wetzlar „Stadt des Sports“ bleibe.

Stv. B o r c h e r s überlegte, welche „Brille“ er aufhabe. Er verstehe Stv. Pohl nicht, wenn dieser aussage, die wirtschaftliche Betätigung der enwag in diesem Bereich sei rechtswidrig und gleichzeitig ausführe, dass die Grundkurse der enwag gut seien. Er werde dem Initiativantrag nicht zustimmen, weil er für die freie Wahl plädiere, wie es z. B. Herr Schreiber, Vhs, am Beispiel von Sprachkursen dargelegt habe. Haupt- und Initiativantrag werde er ablehnen.

Es war Konsens, dass sich die Stadt zurückhalte, wenn entsprechende andere Angebote von Vereinen vorlägen, erinnerte Stv. Dr. V i e r t e l h a u s e n. Vereine scheuen den Wettbewerb nicht, haben aber bei ungleichen Bedingungen keine Chancengleichheit gegenüber der enwag, weil nicht nur die Nutzungsordnung, sondern auch die Haus- und Badeordnung geändert worden seien. Vereine haben eine faire Chance verdient. Er appelliere, das Ehrenamt in der „Stadt des Sports“ leben zu lassen.

Für FrkV Dr. B ü g e r gab es zwei prägnante Aspekte, und zwar solle man die Annahme von Angeboten den Bürgern überlassen und dass er erfahren habe, dass sich Kurse ergänzen. Er bitte, dem Initiativantrag zuzustimmen.

OB D e t t e stellte klar, enwag-Einnahmen seien Einnahmen der Stadt. Zum Umfang der Vereinsförderung führte er aus, das Hallenbad Europa stelle im Lahn-Dill-Kreis das größte Zeitkontingent für Vereine zur Verfügung. Sportförderung und Sportstadt werden in Wetzlar sehr groß geschrieben.

Unter der SPD-Regierung von 1979 - 1993 sei Wetzlar Sportstadt gewesen, merkte FrkV K r a t k e y an. Den fairen Wettbewerb ansprechend, den FrkV Dr. Bürger beschworen habe, vermute er, dass FrkV Dr. Bürger nicht verstanden habe, dass Wettbewerbsverzerrung bestehe. Stv. Pohl und Stv. Dr. Viertelhausen vertreten hinsichtlich der Wettbewerbsverzerrung die gleiche Auffassung. Er frage sich aber auch, wer in der Stadt darauf achte, dass die enwag die Betriebsführungsverträge einhalte. Des Weiteren teilte er mit, dass der Antragsteller den Initiativantrag übernehme.

Abstimmung über den Initiativantrag von FrkV Lefèvre: 50.4.0

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (50.4.0) folgenden geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit das Angebot städtischer Einrichtungen (z. B. Vhs, enwag) in direktem Wettbewerb zu den Angeboten der Wetzlarer Vereine steht.

Hierzu wird der Magistrat aufgefordert, bis zum 31.12.2009 zu berichten.

TOP 14

1319/09

Durchführung einer Expertenanhörung zur Zukunft der Stadtwerke

Stv. M. W a g n e r vertrat die Auffassung, der bloße Ein- und Verkauf von Strom, Gas und Wasser habe keine Zukunft. Es gebe jedoch sehr wohl Chancen für kommunale Stadtwerke. Dazu liegen Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände vor. Rückschauend führte er des Weiteren aus, Stv. Breidsprecher habe immer suggeriert, Konzepte und die damit verbundene „Schwarz-Weiß-Malerei“ seien des Teufels. Die SPD wolle eine Darstellung der unterschiedlichen Sicht der Dinge.

Als erneuten politischen Versuch, etwas durchsetzen zu wollen, bezeichnete Stv. C. S c h ä f e r den in Rede stehenden Antrag. Der Geschäftsführung der enwag bescheinige er Kompetenz. In diesem Zusammenhang zitierte er punktuell aus dem Risikobericht des Geschäftsberichtes und führte ferner aus, dass bei der enwag eine Zukunftsorientierung stattfinde. Auch spreche er die zukünftige Kooperation mit anderen Partnern an. Die enwag sei zukunftsorientiert aufgestellt und werde den Empfehlungen der Vku gerecht.

Stv. Schäfer habe geredet, wie der neue Geschäftsführer der enwag, merkte FrkV M i c h a l e k an. Auch er möchte eine externe Beratung, nicht immer nur die Meinung der enwag-Geschäftsführung hören. Es gehe um intensive Beratung der Stadtverordneten, die nicht im Aufsichtsrat der enwag seien. Bezüglich des Thüga-Geschäftes sei im Aufsichtsrat geäußert worden, es handele sich um ein Wertpapiergeschäft.

Auf den Beitrag von Stv. Christoph Schäfer eingehend, haben die von diesem zitierten Passagen aus dem Geschäftsbericht mit neuen Geschäftsfeldern nichts zu tun. Er sehe nichts Neues, erklärte FrkV K r a t k e y. Zum Einwurf von FrkV Michalek, Stv. Dr. Ihmels solle seine Beraterfirma wechseln, würdigte FrkV K r a t k e y den Einsatz von Stv. Dr. Ihmels hinsichtlich der Schaffung von Blockheizkraftwerken.

Er bezweifle die Wirtschaftlichkeit von Blockheizkraftwerken in allen Belangen, meinte Stv. B r e i d s p r e c h e r. Wenn er von der Wirtschaftlichkeit überzeugt werde, gestehe er seinen Irrtum ein. Die Äußerung von FrkV Michalek an Stv. Schäfer wegen der Geschäftsführung, missbillige er. Im Gesamtzusammenhang freue er sich auf den Vortrag des Experten Hermann Scheer.

Abstimmung: 24.30.0

TOP 15

1323/09

Neubau eines Bürgerhauses im Stadtteil Hermannstein

OB Dette habe sich geäußert, die Inbetriebnahme des sanierten Tannenhofes in Steindorf sei ein Tag der Freude. Diese Freude würde auch gerne in Hermannstein herrschen, erklärte Stv. K l e b e r und ergänzte, dass niemand eine solche Einrichtung wieder missen möchte. Für Hermannstein habe 30 Jahre kein Geld für eine solche Einrichtung zur Verfügung gestanden. In Hermannstein sei man Kostgänger der Fa. Rühl gewesen. Diese Ära sei vorbei. Nunmehr fehle eine Versammlungsstätte für mehr als 200 Personen. OB Dette fange in Hermannstein an zu sparen. Auf die Gespräche mit der Firma Rühl eingehend berichtete Stv. K l e b e r, dass diese Gespräche zu keinem Ergebnis führten. Weiterhin merke er an, mit dem Vorschlag, Hermannsteiner Veranstaltungen außerhalb von Hermannstein durchzuführen, mache man sich zum Gespött. Er unterstreiche die Notwendigkeit und Nachhaltigkeit eines solchen Gebäudes. Des Weiteren weise er darauf hin, dass in den letzten 30 Jahren wegen der Gewerbesteuer von Edelstahl aus dem Stadtteil überproportional viel Geld in die Stadtkasse geflossen sei. Deswegen bestehe keine Scham, den Antrag zu stellen. Außerdem fordere er die Gleichbehandlung aller Stadtteile.

FrkV L e f è v r e bemerkte, sie bereite keinen Tag der Freude. Stv. Kleber wisse als Mitglied der Betriebskommission „Wetzlarer Stadthallen“ um die Kosten solcher Einrichtungen. Außerdem gebe es in Hermannstein einen Bürgersaal mit Platz für 200 Personen und zukünftig die Möglichkeit der Turnhallennutzung. Die Freien Wähler werden dem Antrag nicht zustimmen.

Als geschickten und versierten Politiker bezeichnete Stv. B r e i d s p r e c h e r Stv. Kleber. Man könne jedoch auch Leute täuschen. Er zolle den Mitgliedern des Ortsbeirates, die gegen den Antrag stimmten, Respekt. Das Gleiche gelte für den SPD-Vertreter, der sich der Stimme enthalten habe. Deswegen liege nunmehr ein SPD-Antrag vor. Auch erinnere er, so Stv. B r e i d s p r e c h e r, an eine der Prüfungen des Landesrechnungshofes, wo festgestellt worden sei, dass es zu viele Bürgerhäuser gebe. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass bei den jetzigen Verhältnissen ein Bürgerhaus gefordert werde. Ein Neubau komme wegen bestehender Alternativen nicht in Frage. Auch sei die Einheit der Stadt zu kostbar, um sie im Wahlkampf zu opfern.

Er könne den letzten Sätzen von Stv. Kleber „Alle anderen haben...“ nicht folgen, konstatierte FrkV M i c h a l e k. Dies sei schlicht falsch. Er äußerte sich ferner dahingehend, dass die vorhandenen Bürgerhäuser Erblasten aus der Vergangenheit darstellen. In der Sache selbst habe man noch nicht einmal den Ortsbeirat hinter sich. Nostalgieansichten könne er nicht teilen. Der Antrag gehe über die Schmerzgrenze hinaus und sei weder notwendig noch nachhaltig.

FrkV Dr. B ü g e r bejahte, dass für Hermannstein Bedarf bestehe und die Sache mit der Firma Rühl ungeklärt sei. Er sage auch „ja“ zum Bürgersaal. Der Bau eines Bürgerhauses widerspreche der Verhältnismäßigkeit. Ihm scheine der Antrag nicht ernst gemeint zu sein. Er erinnere Stv. Kleber, so FrkV Dr. B ü g e r weiter, an dessen Haus-

haltsrede bezüglich der Vermögensverschwendung. Wegen des Konjunkturpaketes könne er nur sagen, Geld sei nur auszugeben, wenn es nötig sei. FrkV Dr. B ü g e r führte des Weiteren aus, dass ihn die Aussage wegen der Wirtschaftskraft von Hermannstein gereizt habe. Wer daraus eine Rechnung mache, verabschiede sich vom Solidaritätsprinzip. Nach seiner Auffassung sei der Antrag nicht seriös.

Direkt an FrkV Dr. B ü g e r gerichtet, führte Stv. K l e b e r aus, dass FrkV Dr. Bürger meine, er habe dieses Thema in den Wahlkampf gebracht. Fakt sei seine Bitte gewesen, die Angelegenheit mit der Firma Rühl bis zu den Haushaltsberatungen 2009 abzuschließen. Folgekosten entstünden auch bei der Firma Rühl. Zudem erinnere er an die Aussage des Landrates, die Sporthalle sei kein Bürgerhaus. Weil er stark in den Vereinen involviert sei, stelle er die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung fest, machte Stv. K l e b e r abschließend deutlich.

Zur Angelegenheit der Firma Rühl führte OB D e t t e aus, er habe vor drei Wochen das letzte Gespräch mit der Firma Rühl geführt. Es sei dabei auch um die Inaussichtstellung eines Investitionszuschusses gegangen. Außerdem habe er bei den Gesprächen mit dem Lahn-Dill-Kreis bezüglich der Nutzung der Turnhalle auf die Einhaltung der Versammlungsstättenrichtlinien hingewiesen.

Abstimmung: 20.34.0

TOP 16

Mitteilungsvorlagen

TOP 16.1

1281/09

Ausbau Brückenstraße / Hausertorstraße

Begrünung und Platzgestaltung

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.2

1295/09

Beteiligungsbericht 2008 für das Geschäftsjahr 2007

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.3

1301/09

Bericht Zinsmanagement 2007 - 2008

Er könne mit diesem Bericht nichts anfangen, weil er konkrete Aussagen vermisse. Des-

halb frage er nach den Auswirkungen. Es sei ihm alles zu allgemein gehalten, stellte FrkV M i c h a l e k fest. Auch er, so FrkV K r a t k e y, komme zum gleichen Ergebnis. Die Beratung sei durch eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank erfolgt. Das Honorar habe zwischen 8.000 und 10.000 € gelegen. Es seien Fiktivrechnungen durchgeführt worden. Diese Berechnungen liefere er gerne nach, erläuterte OB D e t t e.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.